



## EINLEITUNG

Die vergangenen Wochen haben gezeigt, dass der Ukraine-Krieg erhebliche Auswirkungen auf unsere Agrarmärkte, die Lebensmittelversorgung sowie das gesamte Ernährungssystem hat und haben wird – und das weltweit. Die Ukraine ist in den letzten Jahren ein zentraler Produzent von Weizen, Mais und Ölsaaten geworden und hat vor allem Länder in Nordafrika und dem Nahen Osten versorgt. Preissprünge bei Lebensmitteln und Energiepreisen, wie wir sie aktuell beobachten, sind lebensbedrohlich für Millionen von Menschen im globalen Süden. Die Spekulation mit Lebensmittelpreisen verstärkt die aktuelle Krise zusätzlich. Die künstliche Erhöhung von Preisen durch den Börsenhandel muss daher unterbunden werden.

Schon vor Ausbruch des Krieges hat die Covid-Pandemie in den letzten zwei Jahren zu einer Hungerwelle geführt: allein von 2019 auf 2020 ist die Zahl der Hungernden weltweit um 118 Millionen auf bis zu 811 Millionen gestiegen. Nun kommt erschwerend hinzu, dass Russland und die Ukraine global für 30 Prozent der Maisexporte und 20 Prozent der Weizenexporte verantwortlich sind.

Um zu einem resilienten Ernährungssystem zu kommen, in dem die Nahrungsmittelsicherheit gewährleistet ist und die Ernährungssouveränität gestärkt wird, braucht es die Transformation der Landwirtschaft – und das ohne Aufschub. Ihr Beitrag zur Bewältigung der akuten Biodiversitäts- und Klimakrise darf angesichts des Ukraine-Krieges nicht vernachlässigt werden. Ohne stabile Agrarökosysteme sind unsere Ernten zunehmend gefährdet. Der Ökolandbau hat daher zu Recht eine Vorbildfunktion, denn er macht deutlich, wie Ernährungssysteme langfristig resilient und nachhaltig gestaltet werden können.

## AKTUELLE DEBATTE

Eine der ersten Reaktionen auf den Krieg in der Ukraine war ein reflexartiges Infragestellen von Naturschutz- und Klimazielen. Eine Steigerung der Produktion in Deutschland und Europa auf Kosten der Biodiversität und des Klimaschutzes, etwa durch den Getreideanbau auf ökologischen Vorrangflächen, bietet jedoch keine nachhaltige Antwort auf die Krise. Kurzfristig nicht, weil die in Europa so zusätzlich produzierten Mengen minimalen Einfluss auf die Weltmarktpreise haben. Langfristig nicht, weil Hunger in erster Linie ein Armuts- und Verteilungsproblem ist. Der durch die Bewirtschaftung von ökologischen Vorrangflächen entstehende Schaden für die Artenvielfalt und die Stabilität von Agrarökosystemen steht somit in keinem Verhältnis zum marginalen Nutzen für die Ernährungssicherung. Stattdessen müssen besonders betroffene Länder dazu befähigt werden, ihre eigene Produktion so zu erweitern, dass die Exportabhängigkeit unter Beachtung von Nachhaltigkeitsaspekten gemindert werden kann.

Auch zahlreiche [Akteure aus der Wissenschaft](#) haben kritisch auf die Forderungen zur Abschwächung von Umweltstandards in der Landwirtschaft reagiert und empfehlen dringend die weitere Ökologisierung der Agrarpolitik.

## POLITIK

Die EU-Kommission bekennt sich formal zu ihrem Green Deal sowie den nachgelagerten Strategien und betont, an den Zielen festhalten zu wollen. Einige Entscheidungen der Kommission in den vergangenen Wochen stellen diese Aussagen allerdings zumindest teilweise in Frage:

Die EU-Kommission hat im März beschlossen, lang erwartete Gesetzentwürfe zur Umsetzung des Green Deal zu verschieben. Zum einen betrifft dies das EU Restoration Law, welches die Umsetzung der EU-Biodiversitätsstrategie vorantreiben sollte. Zum anderen betrifft das eine Pestizid-Gesetzgebung, die das Ziel der Farm-to-Fork-Strategie, den Pestizideinsatz bis 2030 um 50 Prozent zu reduzieren, rechtlich verankern sollte. Bislang ist unklar, was der Aufschub für diese Gesetzentwürfe bedeuten wird. Doch die geäußerten Befürchtungen, dass dies eine Abschwächung der Maßnahmen und Ziele mit sich bringen wird, häufen sich.

Ebenfalls im März hat die EU-Kommission einen [Maßnahmenplan](#) zur Gewährleistung der Ernährungssicherheit und Unterstützung der Landwirtschaft angesichts des Ukraine-Krieges vorgelegt. Der Fokus liegt hier auf der Unterstützung der ukrainischen Landwirtschaft und Lebensmittelversorgung, aber auch auf Maßnahmen, welche die Landwirtschaft in der EU unterstützen sollen.

Eine konkrete Maßnahme ist die uneingeschränkte Freigabe von brachliegenden ökologischen Vorrangflächen der aktuellen GAP (170.000 ha in Deutschland) für den Anbau von Feldfrüchten wie etwa Mais und Getreide durch die Mitgliedstaaten. Dies würde auch den Einsatz von Pestiziden und Mineraldünger auf diesen Flächen ermöglichen, die eigentlich der Förderung der Biodiversität dienen sollen. Schon jetzt reichen die Flächen nicht ansatzweise aus, um ausreichend Rückzugsorte für die Artenvielfalt zu schaffen.

Die EU-Mitgliedstaaten haben unterschiedlich auf die Ankündigungen der EU-Kommission reagiert. Während Staaten wie Spanien, Polen und Ungarn diese Möglichkeit voll ausschöpfen wollen, hat Bundeslandwirtschaftsminister Cem Özdemir mit dem Verweis auf die Dringlichkeit der Biodiversitäts- und Klimakrise entschieden, nur die Futternutzung auf ökologischen Vorrangflächen zu genehmigen. Auch der Bundesrat hat diesem Vorschlag letztendlich zugestimmt.

## LÖSUNGSVORSCHLÄGE VON NGOS

In der aktuellen Situation gibt es keine Blaupause zur Bewältigung aller Herausforderungen, aber viele Organisationen aus Umwelt-, Natur- und Tierschutz, Ökolandbau, Landwirtschaft und Entwicklungszusammenarbeit haben Lösungsansätze in die Debatte eingebracht. Nachfolgend sind die wichtigsten Forderungen zusammengefasst:

### ABBAU DER TIERBESTÄNDE

Etwa 60 Prozent der deutschen Getreideproduktion erfolgt derzeit für die Herstellung von Futtermitteln, nur 20 Prozent für die Herstellung von Lebensmitteln. Eine Reduzierung der Tierbestände würde Flächen für die Produktion von Lebensmitteln freigeben und zusätzlich dem Klimaschutz dienen. Es braucht unmittelbar wirksame Maßnahmen, die eine **Reduzierung der Nutztierhaltung** in Deutschland und Europa sowie ein **verändertes Konsumverhalten** befördern.

## UMGANG MIT STEIGENDEN PREISEN

Die globale **Abhängigkeit von Lebensmittel-, Dünger- und Energieimporten** muss langfristig gesenkt werden. Auch aus betriebswirtschaftlicher Sicht ist es jetzt geboten, die Landwirtschaft aus der Abhängigkeit von fossilen Energieträgern zu lösen. Dies gilt insbesondere angesichts der unter hohem Energieaufwand hergestellten Mineraldünger, die viele Betriebe vor große ökonomische Herausforderungen stellt. In der Konsequenz ist eine deutlich bessere Nutzung des vorhandenen Aufkommens an Wirtschaftsdünger sowie eine stärkere Integration von stickstoffbindenden Leguminosen in die Fruchtfolge erforderlich.

## BIODIVERSITÄT

Die diskutierte Abschwächung oder Aussetzung der GAP-Anforderung von **ökologisch wertvollen Flächenanteilen bzw. ökologischen Vorrangflächen** (z.B. GLÖZ 8 ab 2023) ist abzulehnen. Zum einen kann hiermit nur wenig Produktionsfläche aktiviert werden. Zudem würde dies lediglich auf Flächen geschehen, die in ihrer Produktivität überwiegend eingeschränkt sind. Zum anderen drohen dadurch erheblich negative Auswirkungen auf die biologische Vielfalt und die Erbringung von Ökosystemleistungen (z.B. Erosionsschutz, Wasser- und Kohlenstoffspeicher, Bestäubung sowie Schädlingskontrolle). Die Ziele des Green Deal bis 2030 dienen der langfristigen Produktivitäts- und damit auch der Ernährungssicherung. Seine Umsetzung darf nicht weiter behindert, sondern muss schnellstmöglich vorangetrieben werden.

## AGROKRAFTSTOFFE

Ein hohes und vergleichsweise schnell zu aktivierendes Potenzial, zusätzliche Fläche für die Lebensmittelproduktion bereitzustellen, bietet die sofortige und ggf. temporäre Reduzierung von **Agrokraftstoffen**. Allein in Deutschland könnten hierdurch 800.000 ha Ackerland gewonnen werden. Zahlreiche Studien belegen überdies, dass der immense Flächenverbrauch für die Produktion von Agrokraftstoffen jeglichen Klimavorteil gegenüber fossilen Kraftstoffen zunichtemacht. Die Beimischung von Bioethanol und Biodiesel sollte daher zeitnah ausgesetzt werden.

## Globale Perspektive

Deutschland und die G7 müssen sich für eine internationale Koordination zur Bekämpfung der verschärften Hungerkrise einsetzen. Denn nur gemeinsam kann die Staatengemeinschaft dieser Krise begegnen.

## REAKTIONEN VON NGOS

**Bioland** (29.03.2022):

[Resolution zum Ukraine-Krieg – Schluss mit Lebensmittelspekulationen](#)

**BÖLW** (18.3.2022):

[BÖLW fordert von Cem Özdemir EU-Sofortprogramm zur Abstockung der Tierbestände, um Lebensmittelversorgung zu sichern](#)

**BUND** (14.3.2022):

[Einsparungen jetzt! Für Energiesouveränität und ein krisenfestes Ernährungssystem](#)

**Deutscher Tierschutzbund** (24.03.2022)

[Jetzt erst recht! Unterstützung für Bundesminister Özdemir](#)

**Deutsche Umwelthilfe** (23.02.2022):

[Hohe Klimakosten durch vermeintlich grüne Agrokraftstoffe](#)

**Greenpeace & Misereor** (11.3.2022):

[Gefahren der russischen Invasion in der Ukraine auf die Welternährung aktiv angehen](#)

**NABU** (31.03.2022):

[Angriffe auf den Europäischen Green Deal im Schatten des Ukraine-Kriegs](#)

**NABU** (04.04.2022):

[Viel \(Dünger\) hilft viel? Ein anderer Blick auf den Weizen](#)

**Offener Brief Umweltverbände** (24.03.2022):

[Kein Essen mehr in den Tank – Nahrungsmittelsicherheit als oberste Priorität](#)

**Offener Brief Bioverbände** (10.03.2022):

[Farm to Fork-Strategie umsetzen, um Selbstversorgung zu sichern und Klima- und Artenschutz zu verbessern](#)

**Offener Brief europäische Umweltverbände** (10.03.2022):

[EU food supply and solidarity response to the war in Ukraine](#)

**Oxfam** (31.03.2022):

[Wird es eine globale Nahrungsmittelkrise geben?](#)

**ProVeg** (18.03.2022):

[Ernährungssicherheit - ProVeg fordert Abkehr von intensiver Tierhaltung](#)

**Transport and Environment** (24.3. 2022):

[Food not fuel - As global wheat prices soar, Europe burns the equivalent of 15 million loaves of bread every day to power our cars](#)

**Umweltinstitut München** (04.03.2022):

[Die Agrarindustrie nutzt den Krieg in der Ukraine aus, um ökologische Fortschritte zu torpedieren](#)

**Vier Pfoten** (23.03.2022):

[Umbau der Tierhaltung nur mit Bestandsreduktion – Gutachten](#)

## REAKTIONEN AUS DER WISSENSCHAFT

Offener Brief an EU-Kommission von Jeroen Candel, Sebastian Lakner und Guy Pe'er: [Ukraine-Crisis impacts on food security: tackling the short-term shock must be done with a vision in mind of the larger-scale and longer-term threats of the Climate- and Biodiversity-Crises](#)

Offener Brief an Bundesregierung von Fesenfeld et al.: [Handlungsmöglichkeiten für die Transformation des Ernährungssystems angesichts des russischen Angriffs auf die Ukraine](#)

Aufruf von über 600 Wissenschaftler:innen: [We need a food system transformation – in the face of the Ukraine war, now more than ever](#)